



EUROPÄISCHE UNION

EU-Ratspräsident in Sicherheit?

Eine sicherheitspolitische Ausleuchtung des österreichischen EU-Ratsvorsitzes

Klug gewählt war das Thema der EU-Ratspräsidentschaft Österreichs schon: „Ein Europa, das schützt“. Das Motto sollte zumal auch Gewähr leisten, die Ratspräsidentschaft ohne sichtbare Streitereien zwischen den Regierungsparteien über die Bühne zu bringen, für beide genug innenpolitischen Reibach abzuwerfen und nicht zu knapp Profilierungsmöglichkeiten einzuräumen.

Von **Thomas Roithner**

Das alles ist passabel gelungen. Der Themenkomplex Migration und Sicherheit hat Sebastian Kurz und Heinz-Christian Strache in die Regierung gebracht, war zwischen den beiden der Kleister der Ratspräsidentschaft und wird den Wahlkampf für das EU-Parlament bestimmen. Das eigentliche Motto: National ist Trumpf und sticht im Zweifelsfall

die europäische Karte. Der Fachbegriff dafür: Subsidiarität. In seiner österreichischen Variante.

Mehr Sicherheitsapparate gegen Migration, mehr Militär und mehr Rüstung, also insgesamt mehr Militär- und Sicherheitsunion einte glühende wie kritische Europäer in der Regierung. Wesentliche Teile der Opposition hatten zum

Thema keine Leuchtturmprojekte in diesem halben Jahr. Der Erfolg der Ratspräsidentschaft ist zugleich im Hellen wie im Dunkeln.

Rampenlicht

Das Hantieren mit Schatten und Licht hat die Regierung während der Ratspräsidentschaft im Zusammenspiel von Innen- und EU-Politik gut beherrscht. Migration stand im Lichtkegel. Bei unangenehmen Filmsequenzen blinkte ein Überblendzeichen und die Migration stand wieder im Zentrum der Aufmerksamkeit.

Dennoch: Frontex – die Grenzschutztruppe – ist auf der langen Bank und Jean-Claude Juncker hat seinen Ärger über die „himmelschreiende Heuchelei“ nationalstaatlicher Interessenpolitik deutlich gemacht. Für die Militarisierung der Außengrenzen holte sich Verteidigungsminister Kunasek von seiner deutschen Amtskollegin eine Abfuhr. Keine Soldaten, sondern die Polizei ist zuständig, so Ursula von der Leyen eher knapp angebunden. Auch für Anlandeplattformen kann sich kein Partnerstaat in Afrika erwärmen – dieser politische Brückenbau ist nicht gelungen. Den unverbindlichen Migrationspakt hat die Regierung im Pomp und Trara in die Wüste geschickt.

Weniger EU

Kurz und Strache haben es verstanden, Pflöcke einzuschlagen und Bündnispartner in Sachfragen zu gewinnen, die vor wenigen Jahren in der EU zumeist nur die Spielwiese von rechtsaußen-Oppositionsparteien waren. Das UN-Flüchtlingshochkommissariat vermisst maßgebliche Beschlüsse beim EU-Asylsystem. Dem Begriff der Subsidiarität („weniger, aber effizienter“) wurde während der Ratspräsidentschaft Österreichs eine seltsame Interpretation verpasst. Der internationale Imageschaden wird in innenpolitisches Kleingeld gewechselt. Der honest broker – das Hintanstellen nationaler Interessen – ist sprachlich wie politisch ein Fremdwort. An der Frequenz von Veranstaltungen und Sitzungen – satte 2722 – hat es jedenfalls nicht gemangelt.

Rüstung

Eine Reihe von Aspekten blieb im politischen Schatten. Zumeist Themen, die keinen innenpolitischen Applaus hervorrufen. Und österreichisches Steuergeld über den Umweg von EU-Töpfen für europäische Rüstungskonzerne gilt hierzulande als hochgradig unpopulär. Für den EU-Rüstungsfonds (European Defence Funds) werden im kommenden EU-Finanzrahmen 13 Milliarden Euro in die Hand genommen. Autonome EU-Militäreinsätze sind eines der Ziele. Einigen Rüstungskonzernen ist dieses erstmals in der EU verankerte Rüstungsbudget bereits heute schon zu wenig. Österreichs Ratspräsidentschaft war in Rüstungsfragen ein guter Gastgeber, bei der sich auch heimische Waffenhersteller präsentieren konnten. Aus Sicherheitsgründen nur im Lichte geladener Gäste.

Militärisches Kerneuropa

Eurodrohne, eine Geheimagentenschule, EU-Kampfhubschrauber und über ein Dutzend weitere Rüstungsprojekte wurde im Rahmen der Ständigen Strukturierten Zusammenarbeit (PESCO) im November 2018 beschlossen. Die militärisch Potenten und politisch Willigen bestimmen das Tempo der EU-Militärpolitik. Vorschläge aus der Wissenschaft für zivile Kerneuropaprojekte blieben unberücksichtigt. Das sicherheits-

politische Kerneuropa ist im Wesentlichen ein Militärprojekt. Ein Vorstoß für zivile Kapazitäten und zivile Auslandseinsätze (Civilian Compact) bleibt deutlich hinter den Möglichkeiten und ist kein großes Licht.

Stolz verwies der FPÖ-Verteidigungsminister Kunasek neben dem Rüstungsfonds, dem militärischen Kerneuropa auch auf EU-Forschungsgelder für die Rüstungsindustrie sowie auf den Budgetposten für militärische Mobilität – Straßen, Brücken und Bahnstrecken müssen militärischen Schwertransporten gewachsen sein. Wichtig ist der EU-Kommission der Zusatz, dass das EU-Budget für Rüstung kein Rüstungsbudget, sondern ein Industriebudget sei. Der EU-Vertrag von Lissabon verbietet Maßnahmen mit militärischen und verteidigungspolitischen Bezügen, sodass Rüstung als Wettbewerbsförderung umetikettiert wird. Beim Umwidmen zu Rüstungsgeldern ist das Licht der Öffentlichkeit wenig hilfreich. Ähnliche Tricks gibt es auch bei EU-Militäreinsätzen, um Beschränkungen und Verbote zu umgehen. Das Demokratiedefizit lässt grüßen.

Brückenbau

Starke Eigeninteressen waren ein Motiv, warum sich Brücken in der Migrationsfrage unzureichend aufbauen ließen. Bei der Konfliktvermittlung sind Brücken – besonders Richtung Asien – ein langfristiges Unternehmen. Von Karin Kneissl über Nacht Vermittlungserfolge zu erwarten, wäre wahrlich unspornlich. Knicks hin oder her. Auf dem durchaus sinnvollen Weg vom Gastgeber zum Vermittler braucht es eine Verstärkung der Expertise im Ministerium, der Wissenschaft und flankierend auch der Zivilgesellschaft. Wirtschaftsinteressen sind als Brückenpfeiler nicht genug. Glaubwürdiger Brückenbau bedeutet auch, sich bei Solidarleistungen an internationale Organisationen an die vorderste Front zu stellen und bei der Entwicklungszusammenarbeit nicht überaus knickrig in Erscheinung zu treten.

Durchaus aktiv war Österreich in den letzten Jahren bei der Nichtweiterverbreitung von Massenvernichtungswaffen und Rüstungskontrolle. Die Uneinigkeit der EU-28 zum Atomwaffenverbotsvertrag und das Interesse zur Weiterentwicklung einer rüstungsindustriellen Basis der EU ließen das Engagement Österreich im Rahmen der Ratspräsidentschaft jedoch kaum sichtbar werden. Außenministerin Kneissl konnte Projekte zur Stabilisierung in Syrien und Jemen sowie in Südosteuropa anstoßen. Zweifellos löblich ist das Engagement zur Minenräumung – allerdings österreichisches Engagement und nicht im Rahmen der EU-Präsidentschaft.

Der Gewinn der Regierung in der Ratspräsidentschaft liegt in einem Bewusstseinswandel, der sich auf „EU wenn möglich – national wenn nötig“ eindicken lässt. Auch der Verlierer steht fest: eine EU-Friedenspolitik mit friedlichen Mitteln. 🌐

Thomas Roithner ist Friedensforscher und Privatdozent für Politikwissenschaft an der Universität Wien. Sein letztes Buch „Sicherheit, Supermacht und Schießgewähr. Krieg und Frieden am Globus, in Europa und Österreich“ erschien 2018, www.thomasroithner.at.

E-Mail: thomas.roithner@univie.ac.at